

BARBARA STOTZER-WYSS

Neue Präsidentin der EVP Kanton Bern



Nach zehn Jahren Engagement an der Spitze der EVP Kanton Bern ist Christine Schnegg auf die DV vom 29. April 2023 als Präsidentin zurückgetreten. Ihre Nachfolgerin ist die Bürener Grossrätin und Gemeinderätin Barbara Stotzer-Wyss.

Die abtretende Präsidentin Christine Schnegg hat die Kantonalpartei während zehn Jahren erfolgreich geführt. 2013 hatte sie als erste Frau das Präsidium übernommen. Christine Schnegg ist eine wichtige Botschafterin der EVP nach aussen und eine zentrale Integrationsfigur nach innen. Das Präsidialamt übte sie mit viel Herzblut und Umsicht aus. Während ihrer 16-jährigen Tätigkeit im Grossen Rat prägte sie u. a. die kantonale Familienpo-

litik massgeblich mit und präsi- dierte von 2012 bis 2020 auch die EVP-Grossratsfraktion. Christine Schnegg wird in ihrer Wohnge- meinde Lyss weiterhin für die EVP aktiv sein und kandidiert im Herbst für den Nationalrat. Als neue Präsidentin der EVP Kanton Bern wurde an der Delegiertenversammlung vom 29. April 2023 einstimmig Barbara Stotzer-Wyss gewählt. Die 48-jäh- rige Theologin und zweifache Mutter aus Büren an der Aare ist

Vizegemeindepräsidentin und steht als Gemeinderätin dem Ressort Bau und Planung vor. Im letzten Jahr wurde sie in den Grossen Rat gewählt, wo sie in der Finanzkommission aktiv ist. Ihre aktuelle berufliche Tätigkeit als Bereichsleiterin am IGW (Institut für gemeindeorientierte Weiterbil- dung) wird sie per Ende Juni auf- geben und sich danach ganz auf ihre Familie und ihre politischen Aktivitäten konzentrieren. Bei den Nationalratswahlen bildet Barbara

Stotzer-Wyss mit dem amtierenden Nationalrat Marc Jost und Grossrätin Simone Leuenberger das EVP-Spitzentrio.

*Philippe Messerli
Co-Geschäftsführer EVP BE*

EVP-Geschäftsleitung

Die Kantonalpräsidentin steht der Geschäftsleitung der Kantonalpartei vor, die aus je sechs Frauen und Männern besteht, darunter Lukas Rentsch aus Schalunen und Beatrice Kuster Müller aus Burgdorf im Vizepräsidium. Porträts der zwölf Personen finden Sie auf: www.evp-be.ch/menschen > Geschäftsleitung

AZB 3001 Bern
DIE POST

PAROLEN 18. JUNI 2023

Infos:
evp-be.ch und evppev.ch/abstimmungen

	Anpassungen Schuldenbremsen Initiative zur kantonalen Elternzeit	JA
	OECD-Mindeststeuer Klimaschutzgesetz Covid-19-Gesetz	JA

EVP KANTON BERN 3

Die bisherige und die neue Kantonalpräsidentin berichten im Interview über ihre Erfahrungen und Anliegen.

ABSTIMMUNGEN 4 / 5

Die Stimmberechtigten entscheiden am 18. Juni über zwei kantonale und drei nationale Abstimmungsvorlagen.

GROSSER RAT 6

Die neun Mitglieder der EVP-Fraktion engagieren sich im Kantonsparlament für Mensch und Umwelt.

KIRCHE UND STAAT 8

Neben den Landeskirchen finden auch andere Religionsgemeinschaften die Aufmerksamkeit des Kantons.



#Wahlich23

Am 22. Oktober finden die National- und Ständeratswahlen statt. Vor vier Jahren gelang es der EVP im Gegensatz zu den grossen Parteien zuzulegen. Dies dank dem Sitzgewinn im Aargau und dem leichten Zuwachs an Wählendenanteilen.

Bei den Wahlen im Herbst müssen wir nun alles daran setzen, unsere drei Nationalratsmandate (ZH, BE und AG) zu halten. Nicht nur das Mandat im Aargau ist alles andere als sicher – auch der EVP-Sitz im Kanton Bern muss nach den unglücklich verlaufenen Grossratswahlen leider als gefährdet bezeichnet werden. Umso erfreulicher ist es, dass wir erstmals überhaupt mit vier Listen und total 96 engagierten Kandidierenden (je 48 Frauen und Männer) in den Wahlkampf steigen können.

Nebst der Hauptliste mit dem amtierenden Nationalrat Marc Jost, der Liste Zukunft mit 24 motivierten Jungpolitikerinnen und -politikern und den ausgewiesenen Persönlichkeiten auf der Erfahrungsliste wird die EVP im Kanton Bern erstmals überhaupt mit einer KMU-Liste in die Wahlen steigen. Kompetente Führungskräfte bringen mit ihrer Kandidatur die Wirtschaftskompetenz der EVP zum Ausdruck. Damit wir den Berner EVP-Sitz halten können, sind wir darauf angewiesen, dass viele unserer Wählerinnen und Wähler für die EVP Werbung machen und im Oktober ihr Wahlrecht nutzen. Herzlichen Dank für Ihre wertvolle Unterstützung!

Lukas Zimmermann-Oswald

P.S.: Für die Werbung suchen wir private Plakatstellen und Mithelfende für Versände, Telefonate, Kurierdienste und vieles mehr. Interessierte melden sich bitte direkt bei lukas.zimmermann@evppev.ch. Herzlichen Dank!

Miet-Initiative jetzt unterschreiben!



Die Mieten im Kanton Bern steigen unaufhaltsam. Deshalb hat der Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Bern gemeinsam mit der EVP sowie einer breiten Allianz weiterer Parteien und Organisationen eine Initiative zur Einführung von transparenten Vormieten lanciert: Für faire Mieten und bezahlbares Wohnen im Kanton Bern. Die EVP ist mit Kantonalpräsidentin Barbara Stotzer-Wyss im Initiativkomitee vertreten.

In den letzten 20 Jahren sind die Mieten im Kanton um rund 30 % gestiegen. Der aktuelle Wohnungsmangel und die explodierenden Nebenkosten verschärfen das Problem zusätzlich. Für viele Menschen – auch gerade Familien – sind die hohen Mieten kaum noch bezahlbar. Diese untragbare Situation soll nun geändert werden. Die Miet-Initiative fordert, dass die Vermieterinnen und Vermieter

beim Wechsel der Mieterschaft die vorherige Miete offenlegen müssen. So können übertriebene Miet-Erhöhungen von den Mieterinnen und Mietern einfacher erkannt und angefochten werden.

Das Instrument der transparenten Vormiete wirkt preisdämpfend. Zu diesem Schluss sind auch neun Kantone gekommen, die eine gesetzliche Verankerung der sogenannten Formularpflicht



bereits eingeführt haben. Vorfrankierte Unterschriftenbogen können (auch mit dem QR-

Code) auf der Initiative-Website heruntergeladen werden:

<https://faire-mieten-bern.ch>

EVP BE

AUGENBLICK

Mutige Schritte lassen uns wachsen

«Ich im Gemeinderat? Niemals!» So meine erste Reaktion auf die Anfrage, ob ich kandidieren möchte. Und doch wurde etwas in mir angestossen. Den Ausschlag gab schlussendlich ein Gespräch mit Gott: «Ein paar Schuhnummern zu gross? – Sicher. Aber schau, du stehst mit mir in diesen Schuhen, und für mich sind sie nicht zu gross!» Ich kandidierte tatsächlich. Und wurde gewählt. Dies ist nun bald drei Jahre her. Ein Bibelvers hat mich in dieser Zeit begleitet: «Diesen kostbaren Schatz tragen wir in uns, obwohl wir nur zerbrechliche Gefässe sind. So wird jeder erkennen, dass die ausserordentliche Kraft, die in uns wirkt, von Gott kommt

und nicht von uns selbst.» (2. Korinther 4,7). Es sind nicht meine eigene Kraft oder Weisheit, die mich zu einer guten Politikerin machen. Es ist Gottes Gegenwart in mir. Und es sind mein Mut, mein Ja und mein Hinsehen, die einen Unterschied machen. Mutig sein heisst, sich herausfordern zu lassen. Wenn wir spüren, dass etwas der richtige Weg ist, dann sollten wir ihn gehen. Nur wer wagt, kann etwas gewinnen: spannende Erfahrungen, wertvolle Begegnungen und viel Freude an dem, was man erreichen und mitprägen konnte. Ist es immer einfach? Ganz und gar nicht. Doch sich am richtigen



Platz zu wissen, ist ein wunderbares Gefühl.

Naémi Wyss
Gemeinderätin Wynigen

Die EVP braucht Ihre Unterstützung



Zur Finanzierung der nationalen Wahlen benötigen wir für das laufende Jahr total 180 000 Franken an Spenden. Mit Ihren Beiträgen helfen Sie mit, dass die EVP die zentralen politischen Weichenstellungen auch in Zukunft mitprägen kann. Besten Dank für Ihre Unterstützung.
EVP Kanton Bern, PC 30-20312-1



Unser Ziel: **180 000.-**

Stand per 21. April 2023
38 155.-

«Die nächste Generation für Politik begeistern»



Am 29. April wählten die EVP-Delegierten Grossrätin und Gemeinderätin Barbara Stotzer-Wyss aus Büren an der Aare zur neuen Präsidentin der EVP Kanton Bern. Die 47-jährige Theologin folgt auf Christine Schnegg aus Lyss, die 15 Jahre im Grossen Rat politisierte und der Kantonalpartei seit 2013 vorstand.

Welche Gedanken gehen dir im Hinblick auf die Abgabe beziehungsweise Übernahme des Parteipräsidiums durch den Kopf?

Christine Schnegg: Eine spannende, herausfordernde und lehrreiche Zeit ist zu Ende. Es war ein grosses Privileg, zusammen mit motivierten, engagierten und lösungsorientierten Menschen die kantonale Politik mitprägen zu können. Das freundschaftliche und familiäre Zusammen Unterwegssein wird mir sicher fehlen. Doch ich freue mich, dass die EVP mit Barbara Stotzer-Wyss frischen Wind erhält.

Barbara Stotzer-Wyss: Ich freue mich auf die neue Herausforderung und überlege, welche Schritte die EVP Kanton Bern unternehmen muss, um weiterhin eine bedeutende Stimme in der Parteienlandschaft zu bleiben. Zudem freue ich mich auf viele Begegnungen mit meinen EVP-Kolleginnen und -Kollegen vor Ort, die sich leidenschaftlich für Mensch und Umwelt einsetzen.

Christine, was waren die erfreulichsten, was die schwierigsten Momente als Präsidentin?

C. S.: Die erfreulichen Momente haben klar überwogen. Besonders schätzte ich die Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung und den Geschäftsführern Philippe Messerli, Ruedi Löffel und Lukas Zimmermann. Das Arbeiten an Strategien und für kantonale und nationale Wahlen war spannend. Die politischen Auseinandersetzungen zu den Abstimmungsvorlagen an den Delegiertenversammlungen waren geprägt von engagierten Diskussionen und echtem Ringen um gute Lösungen. Ebenso erfreulich waren Wahlsiege und Sitzgewinne. Am schmerzhaftesten waren sicher Verluste bei Wahlen und Abstimmungen auf kantonaler und kommunaler Ebene.

Was machst du mit der nun gewonnenen freien Zeit?

C. S.: Da ich das Politisieren noch nicht ganz lassen kann, engagiere ich mich seit den letzten Wahlen wieder im Parlament in Lyss und habe dort diesen Frühling das Ortsparteipräsidium übernommen. Daneben pflege ich sehr gerne soziale Kontakte. Langweilig wird es mir auf keinen Fall!

Barbara, du bist Schulleiterin des theologischen Instituts IGW, Mutter von zwei Kindern, Vize-Gemeindepräsidentin, Vorstandsmitglied der EVP Schweiz und Grossrätin. Wie findest du noch Energie fürs Präsidium der Kantonalpartei?

B. S.: Ich werde nur noch bis Ende Juni bei IGW beschäftigt sein. Bis Ende des Jahres werde ich mich ganz auf meine Familie und meine politischen Aktivitäten konzentrieren.

Wie erlebst du als Politikerin die Wahrnehmung der EVP?

B. S.: Als Mitglied der EVP gehöre ich einer Minderheit an. Es liegt in meiner Verantwortung, meinen politischen Kolleginnen und Kollegen zuzuhören und die Anliegen der EVP einzubringen, wenn ich eine Chance auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit sehe. Ich verstehe mich als Brückenbauerin, die sich mit Menschen aus dem linken und dem rechten Parteienspektrum versteht und dabei hilft, einen geeigneten Konsens zu finden.

Christine, wo siehst du die grössten Herausforderungen für die EVP?

C. S.: Die EVP hat ein einzigartiges politisches Profil und eine solide Mitglieder- und Wählendenbasis. Diese gilt es weiter zu pflegen und auszubauen. Da das Parteienspektrum in der politischen Mitte in den letzten 15 Jahren grösser wurde, sind



Christine Schnegg (links) und Barbara Stotzer-Wyss geben Einblick in ihre Tätigkeit.

Mitglieder- und Sitzgewinne härter umkämpft und wir müssen unsere Wählenden mobilisieren und neue Mitglieder werben.

Barbara, wo möchtest du Schwerpunkte setzen?

B. S.: Es wird ein zentraler Schwerpunkt meiner Arbeit sein, nach Wegen zu suchen, wie die nächste Generation für politisches Handeln begeistert werden kann. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Werte und Grundsätze der EVP Kanton Bern vielen Bürgerinnen und Bürgern entsprechen. Unsere Aufgabe wird es sein, diese Wählendenbasis zu erreichen und zu erweitern.

Was hast du an deiner Vorgängerin geschätzt?

B. S.: Christine hat mich mit ihrer positiven Einstellung stets ermutigt. Mit ihrer ausgepräg-

ten Beziehungsorientierung bringt sie jedem Menschen viel Wertschätzung entgegen – und ihre Backkünste sind einfach unschlagbar.

Christine, was wünschst du deiner Nachfolgerin?

C. S.: Ich wünsche Barbara von Herzen, dass sie genauso auf die Gunst und das Wohlwollen der EVP-Familie zählen kann, wie ich dies die letzten zehn Jahre erlebte. Ich wünsche ihr Freude an der politischen Arbeit, das Getragensein in all ihren vielfältigen Aufgaben, Mut für Neues, Kraft im Schwierigen und über allem Gottes reichen Segen.

Interview: Christof Erne

Links:

www.evp-be.ch
www.stotzer-wyss.ch

Zum Vormerken!



Die dritte offizielle Israel-Reise der EVP BE/FR findet vom 5. bis 13. April 2024 statt. Optional können drei Tage Verlängerung nach Petra (Jordanien) gebucht werden. Mit dabei ist EVP-Nationalrat Marc Jost; der Veranstalter ist mideast.tours.

Ja zu Mindeststeuer, Klimaschutz und Prävention



Die EVP sagt klar ja zu allen drei nationalen Volksabstimmungen vom 18. Juni – zur Mindeststeuer für Grossunternehmen, zu einem griffigen Klimaschutz und zum Bereitsein im Fall einer neuen Pandemie.



Marc Jost



Tabea Bossard-Jenni



Margret von Bergen

OECD-Mindeststeuer

Die OECD sowie die G20 haben die internationalen Steuerregeln verschärft: Grosse, internationale Konzerne sollen mindestens 15 % Steuern auf ihren Gewinn abliefern. Aus Sicht der EVP ist eine internationale Mindeststeuer ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit, denn Steuern sollten dort entrichtet werden, wo der tatsächliche Unternehmenssitz ist. Der neuen Mindestbesteuerung unterliegen nur grosse, internationale Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 750 Millionen Franken. In der Schweiz sind 99 % der Unternehmen (u. a. die KMU) nicht von der Reform betroffen und werden wie bisher besteuert. Möglich wird die Mindeststeuer dadurch, dass dort, wo die genannten Grossunternehmen die 15 % Mindestbesteuerung nicht erreichen, neu eine Ergänzungssteuer erhoben wird.

Würde die Schweiz auf diese Ergänzungssteuer verzichten, könnten die Länder, in denen die Firmen ihren Umsatz erwirtschaften, diese Ergänzungssteuer einfordern. Der Ertrag aus der Ergänzungssteuer geht zu 75 % an die betroffenen Kantone und zu 25 % in die Bundeskasse. Er soll für Massnahmen zur Standortförderung eingesetzt werden. Die EVP hätte eine Verteilung von je 50 % an Kanton und Bund bevorzugt, da nur wenige Kantone von den zusätzlichen Einnahmen profitieren werden. Der Ständerat verhinderte jedoch diese Lösung. Als EVP-Nationalratsmitglieder stimmten wir der Vorlage letztlich zu.

Marc Jost, Nationalrat

Klimaschutzgesetz

Das Klimaschutzgesetz ist der indirekte Gegenvorschlag zur zustande gekommenen Gletscherinitiative, die unter Vorbehalt der Annahme des Gesetzes zurückgezogen wurde. Das Gesetz definiert Absenkpfade der CO₂-Emissionen und konkrete Massnahmen zur Erreichung des Netto-Null-Ziels. Der Fokus liegt dabei auf Fördermitteln (u. a. für den Ersatz von fossilen Heizsystemen, Technologien zum Klimaschutz und Massnahmen zur Effizienzsteigerung). Diese zahlt der Bund aus dem allgemeinen Bundeshaushalt. Weiter werden die Vorbildfunktion von Bund und Kantonen im Gesetz verankert und der Finanzplatz verpflichtet, Massnahmen zur Verminderung der Klimawirkung von Finanzflüssen zu treffen.

Die Schweiz steht nicht nur international in der Pflicht, die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen: Sie und gerade der Kanton Bern sind direkt von den negativen Folgen des Klimawandels betroffen. Die im Durchschnitt ansteigenden Temperaturen lassen unsere Gletscher schmelzen, sie gefährden unseren Wasserhaushalt und damit unsere Trinkwasserreserven sowie unsere Stromspeicher. Auftauender Permafrost destabilisiert das Gebirge, sodass zum Schutz der Bevölkerung aufwändige Überwachungsanlagen installiert werden müssen, um grösseren Schaden zu vermeiden. Zuwarten und Nicht-handeln kommen unsere Gesellschaft teuer zu stehen. Deshalb sagen die EVP-Delegierten klar ja zum Klimaschutzgesetz.

Tabea Bossard-Jenni, Grossrätin

Covid-19-Gesetz

Aufgrund eines Referendums stimmen wir am 18. Juni ein weiteres Mal über das Covid-19-Gesetz ab. Einzelne Bestimmungen des grösstenteils bis Ende Dezember 2022 befristeten Gesetzes zur Bewältigung der Pandemie wurden bis Sommer 2024 verlängert. Sie sollen in den Wintermonaten 2023/24 bei Bedarf zur Verfügung stehen und Flexibilität ermöglichen.

Die Verlängerung war vom Bundesparlament dringlich verabschiedet worden, weshalb sie bereits am 1. Januar 2023 in Kraft trat. Lehnt das Stimmvolk das Gesetz ab, würde die Verlängerung gestoppt. Verlängert werden etwa die Bestimmungen zum Covid-Zertifikat. Damit soll dieses weiterhin international kompatibel und die Reisefreiheit gewährleistet bleiben. Auch die Kompetenz, die Entwicklung von Covid-19-Arzneimitteln zu fördern, soll bis Sommer 2024 bestehen bleiben, ebenso wie die Regelung zum Schutz von vulnerablen Arbeitnehmenden.

Ausserdem will man die gesetzlichen Grundlagen für die SwissCovid-App für die Wintermonate 2023/24 beibehalten. Sie soll bei Bedarf erneut das klassische Contact Tracing der Kantone ergänzen. Bei der Verlängerung der Bestimmungen für Massnahmen im Ausländer- und Asylbereich sowie bei Grenzschiessungen geht es darum, die Reisefreiheit von Grenzgängerinnen und Grenzgängern sowie der Grenzbevölkerung zu wahren. Die EVP unterstützt diese beschränkte Verlängerung des Covid-19-Gesetzes.

Margret von Bergen, Grossrätin

Pro und kontra kantonale Elternzeit



Die Initiative für eine kantonale Elternzeit (siehe Kästchen) wird von der EVP zwar befürwortet, aber doch kontrovers beurteilt. Je ein Mitglied der EVP-Grossratsfraktion erläutert die Argumente für und gegen die Vorlage.

«JA» zu starken Familien

«Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland.» Zugegeben, die Sprache von Jeremias Gotthelf ist nicht mehr zeitgemäss. Seine Idee könnte aber kaum aktueller sein. Die positiven Auswirkungen einer Elternzeit sind unbestritten. Sie stärkt die Vater-Kind-Beziehung und führt zu einem grösseren familiären Engagement der Väter. Mütter stillen länger und sind psychisch gesünder. Das wiederum stärkt die Kinder. Nicht von ungefähr steht im Parteiprogramm der EVP des Kantons Bern die Forderung «Mit einer Elternzeit Familien von Anfang an stärken». Die Elternzeit nützt nicht nur der Familie, sondern auch Unternehmen. Die Erwerbstätigkeit der Mütter steigt, was den Fachkräftemangel verringert. Zudem sinken die Fluktuation und damit die Personalkosten. Dank einer kantonalen Elternzeit profitieren davon nicht nur Grosskonzerne, sondern auch Klein- und Mittelbetriebe. Für den Kanton bringt die kantonale Elternzeit nicht bloss Kosten, sondern zusätzliche Steuereinnahmen und weniger



Simone Leuenberger

Ausgaben für familienexterne Kinderbetreuung. Sagen wir am 18. Juni «JA» zur kantonalen Elternzeit, damit im Kanton Bern beginnt, was leuchten soll in der ganzen Schweiz!

Simone Leuenberger, Grossrätin

Es braucht keine kantonale Elternzeit

Aus meiner Sicht sprechen vor allem zwei Gründe gegen eine kantonale Elternzeit: ■ Mit der Geburt eines Kindes müssen sich die Eltern neu organisieren. Nebst den bisherigen Tätigkeiten und Hobbys muss die



Markus Wenger

Kinderbetreuung als neue Aufgabe Platz finden. Letztere endet nicht mit dem Eintritt in den Kindergarten. Die Begleitung von Kindern ist eine Lebensaufgabe. Ein bezahlter Urlaub von 24 Wochen kann diese Neuorientierung nicht verhindern, sondern

höchstens leicht verschieben. ■ Die Finanzen im Kanton Bern reichen für wichtige und dringende Aufgaben nicht aus. Der volle Teuerungsausgleich und erforderliche Massnahmen bei der Pflege konnten bis heute nicht realisiert werden. Die angestrebten Veränderungen im Behindertengesetz sowie die Erhöhung des Grundbedarfs bei der Sozialhilfe sind weitere prioritäre Anliegen mit Kostenfolgen. All diese Anpassungen wären wegen den hohen Kosten der Elternzeit von rund 200 Millionen Franken gefährdet. Oft wird unsere Situation mit dem Ausland verglichen. Länder, in denen die Kinder recht früh dem Staat «anvertraut» werden, dienen als Vorbilder. Die Kinderbetreuung ist Familiensache und soll mit möglichst wenig Staat erfolgen. Wir brauchen diese kantonale Regelung nicht.

Markus Wenger, Grossrat

Volksinitiative zur Elternzeit

Die Initiative für eine kantonale Elternzeit verlangt, dass im Kanton Bern eine 24-wöchige, bezahlte Elternzeit eingeführt wird. Diese soll zusätzlich zum bestehenden Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub gelten. Je sechs Wochen der Elternzeit sollen für jeden Elternteil reserviert sein. Die restlichen zwölf Wochen können die Eltern frei unter sich aufteilen. Beziehen können sie die Elternzeit ab Geburt des Kindes bis zum Eintritt in den Kindergarten.

Mehrjahresbetrachtung bei der Schuldenbremse



Der Kanton Bern will bei der Schuldenbremse eine Mehrjahresbetrachtung einführen, um mehr Flexibilität bei anstehenden Investitionen zu erlangen und zugleich seine finanzielle Stabilität zu gewährleisten.

Wenn bei Abschluss der Erfolgsrechnung ein Aufwandüberschuss (ein Minus) auftritt, muss dieser nach wie vor in den Budgets der kommenden zwei Jahre ausgeglichen werden. Doch bislang war es nicht erlaubt, ein Minus zu budgetieren. Hier ist eine erste kleine Anpassung geplant: Wenn ein Bilanzüber-

schuss resultiert (also das Vermögen des Kantons den Wert seiner Verbindlichkeiten übersteigt), darf in der Erfolgsrechnung ein Aufwandüberschuss in der Höhe des Bilanzüberschusses budgetiert werden. Die zweite Anpassung betrifft die Investitionsrechnung, also die Mittel, die für die Infrastruktur

vorgesehen sind. Die Nettoinvestitionen müssen mittelfristig nach wie vor selbst finanziert werden. Wenn nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, muss der Fehlbetrag im Finanzplan künftiger Jahre ausgeglichen werden. Doch neu hat der Kanton dafür fünf statt vier Jahre Zeit. Die Kompensation kann auch

durch Finanzierungsüberschüsse ausgeglichen werden, die in den letzten fünf Jahren realisiert wurden.

Mit diesen Anpassungen verfügt der Kanton Bern weiterhin über eine strenge Schuldenbremse. Die Mehrjahresbetrachtung bringt aber mehr Flexibilität, um die vielen anstehenden Investitionen zu bewältigen. Der Grosse Rat hat dem Gesetz mit grossem Mehr zugestimmt.

Barbara Stotzer-Wyss, Grossrätin

Engagement für Mensch und Umwelt



«Respektvolles Miteinander», «Intakte Umwelt» und «Starke Familien» – mit diesen drei Themen steigt die EVP in die nationalen Wahlen. Für diese Anliegen engagierte sich die EVP-Fraktion auch in der Frühlingssession des Grossen Rates.

Respektvolles Miteinander

Philippe Messerli und **Tom Gerber** setzten sich für das Projekt «Avenir Berne Romande» ein. Nach dem Wegzug von Moutier soll die Verwaltung im Berner Jura neu organisiert und die Jurafrage endlich gelöst werden.

Katja Streiff wehrte sich erfolgreich gegen die Einführung eines minimalen Beschäftigungsgrades von 50 % für Lehrpersonen. Zudem durfte sie einen Erfolg feiern mit der Annahme einer Motion, die dem Pflegenotstand mit attraktiven Versorgungsmodellen begegnen will.

Simone Leuenberger setzte sich für besseren Datenschutz von Gewaltopfern und für ein Mädchenhaus ein. Zudem wurde ihre Motion «Bestattung fehlge-

borener Kinder ermöglichen» einstimmig überwiesen. Über Jahre wurde die Zuständigkeit im Umgang mit Härtefallgesuchten abgewiesener Asylsuchender zwischen kantonaler und nationaler Ebene hin- und hergeschoben. Dank einer Motion von **Markus Wenger** und **Hanspeter Steiner** wurde nun ein Weg gefunden und erste Gesuche wurden ans Staatssekretariat für Migration überwiesen.

Intakte Umwelt

Als konkreter Lösungsansatz gegen den Stau am rechten Seeufer in Thun wollte **Hanspeter Steiner** die Möglichkeit einer direkten Fähre zwischen Spiez und Gunten mit jeweiligem ÖV-Anschluss prüfen lassen. Der ÖV auf dem Wasser

fand im Parlament kein Gehör. Der Vorstoss wurde abgelehnt und der Stau in Thun wird Pendelnde weiter verärgern.

Tabea Bossard-Jenni vertrat bei diversen Baukrediten die Haltung der EVP. Daneben reichte sie eine Motion ein, welche die finanzielle Ungleichbehandlung von ÖV und Kantonsstrassen beheben soll.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer ist eine gerechte Steuer.

Barbara Stotzer-Wyss setzte sich erfolgreich gegen eine pauschale Erhöhung des Freibetrags ein. Sie votierte zudem dafür, dass im Falle einer Erweiterung der Grauholzautobahn der Kulturlandverlust reduziert wird und mögliche Alternativen geprüft werden.



Katja Streiff

Starke Familien

Markus Wenger setzte sich erfolgreich für ein Stellvertretungssystem während des Mutter- oder Vaterschaftsurlaubs ein. Für **Margret von Bergen** lag der Fokus auf der Stärkung der Jugend: Ressourcen zur Erhöhung der Notfallkapazitäten der Kinder- und Jugendpsychiatrie sollen bereitgestellt sowie Jugendliche im Schulunterricht zur Herz-Lungen-Wiederbelebung befähigt werden.

Katja Streiff, Grossrätin

ANZEIGE

WINKLER

HAUSGERÄTE-TECHNIK

Komm zu uns ins Team



winkler-wohlen.ch/stellen



Hauptstrasse 38 · 3033 Wohlen b. Bern
T 031 829 23 87 · info@winkler-wohlen.ch

www.winkler-wohlen.ch

Anaël Jambers, Muri



Anaël Jambers hat Menschen gern und setzt sich für eine menschenwürdige Generationenpolitik ein, die Menschen jenseits ihrer politischen Einstellung verbindet. Gleichzeitig weiss sie als Unternehmerin, dass Wirtschaft auch auf das Wohl der Gesellschaft ausgerichtet sein muss.

Zusammen mit ihrem Mann und den beiden Kindern lebt Anaël Jambers in Muri bei Bern und ist dort Co-Präsidentin der EVP Muri-Gümligen. Beruflich war sie jahrelang international tätig, arbeitet heute als wissenschaftliche Mitarbeiterin auf dem Generalsekretariat der EVP Schweiz sowie als Mediatorin in ihrer Firma Trijalog.

Deine Firma heisst «Trijalog». Was bedeutet dieser Name?

Meine Firma begleitet Konflikte mit einer offenen und zuversichtlichen Haltung. Wenn schwierige Veränderungen in einem Team anstehen, braucht es manchmal eine allparteiliche Drittperson (Tri), die den Knoten löst (ja), eine

Aussenperspektive anbietet und ein konstruktives Gespräch wieder herstellen kann (log).

Du bist sehr vielseitig und engagiert. Wie teilst du deine Zeit ein, damit du im Gleichgewicht bleibst?

Meine Zeit plane ich ziemlich genau und arbeite unter anderem mit Monatszielen. Wichtig ist mir, dass ich nur bei einer Sache auf einmal bin. Wenn ich bei meinen Kindern bin, sollen sie meine volle Aufmerksamkeit haben. Da beantworte ich auch während der Siesta keine E-Mails. Stark unterstützen mich meine Mutter und die Kita. In unserer Ehe gehen wir partnerschaftlich vor. Es ist uns beiden wichtig, zusammenzuhalten und

im ständigen Dialog zu stehen. Eine der grössten Herausforderungen ist und bleibt jedoch meine Terminplanung.

Wo sind deine Grenzen und wann sagst du «nein» zu einem neuen Auftrag?

Kürzlich sagte ich gerade «nein» zu einem Auftrag für Trijalog. Weil dieser Einsatz in einen Zeitraum kommen würde, wo ich andere Prioritäten gesetzt habe. Das fällt mir nicht leicht, aber ich lerne es.

Was war dein schönstes Erlebnis in der Politik?

In dieser Frühlingssession kamen mir Freudentränen, als die Nationalratsmehrheit einen Vorstoss von Marianne Streiff angenom-



Anaël Jambers

men hatte. Er befürwortete eine einmalige humanitäre Aktion für etwa 2500 Menschen, die seit vielen Jahren in der Schweiz sind und nicht nach Hause können – weil ihnen u. a. Folter droht, wie etwa im Tibet. Es sollen Menschen eine geregelte Aufenthaltsbewilligung erhalten, wenn sie integriert und nicht straffällig geworden sind. So kann die EVP auch strukturelles Unrecht ändern. Das stimmt mich hoffnungsvoll.

Interview: Susanne Gutbrod

ANZEIGEN

EVP

010011

KMU-Liste

LORENZ FEHR

Als Unternehmer und Privatperson stehe ich authentisch, zeitgemäss und digital für die Umwelt und die Ausbildung von Lernenden ein - diese Erfahrung will ich gerne in die Politik einbringen.

Am 22. Oktober 2023 in den Nationalrat.

TB **TRANSPARENT BROKER**
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

HINE ADON
HOTEL APARTHOTEL
HINEADON.COM

Christliche Ostmission **ostmission.ch**

Wir schützen, bauen auf und helfen direkt.

Therese Streit

Psychosoziale Beratung
Looslistrasse 15, 3027 Bern
079 876 00 05
theresestreit@bluewin.ch
www.theresestreit.ch

Religionspolitik überdenken und neu ausrichten



Historisch bedingt haben die Landeskirchen eine besondere Stellung im Kanton Bern. Nun prüft die Regierung, wie auch andere Religionsgemeinschaften einbezogen werden könnten.

Seit der Reformation steht der Kanton Bern in einem engen Verhältnis zur Evangelisch-reformierten Landeskirche. Vor rund 200 Jahren übernahm er einen Teil des Kirchengutes und verpflichtete sich im Gegenzug zur Besoldung der Pfarrer aus der Staatskasse. Im 19. Jahrhundert wurden die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Kirchen und Staat auf die Römisch-katholische und die Christkatholische Landeskirche ausgedehnt. Dank historischer Rechtstitel und öffentlich-rechtlicher Anerkennung kommen die drei Landeskirchen in den Genuss staatlicher Privilegien wie zum Beispiel der Finanzierung der Pfarrerlöhne, der Abgeltung

gesamtgesellschaftlicher Leistungen und der Ausbildung der Geistlichen. Seit 1997 werden ebenfalls die jüdischen Gemeinden in Bern und Biel als öffentlich-rechtliche Körperschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit anerkannt. Die einseitige Bevorzugung der Landeskirchen gerät allerdings zunehmend unter Druck. Zum einen, weil deren Einfluss und Mitgliederzahlen stetig schwinden, während gleichzeitig einige Freikirchen einen grossen Zulauf erfahren und die Religionsvielfalt migrationsbedingt stark zunimmt. Zum anderen, weil viele Religionsgemeinschaften analog zu den Landeskirchen ebenfalls gesellschaftlich relevante

Leistungen in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur und Integration erbringen, ohne aber dafür auf staatliche Anerkennung und Unterstützung zählen zu können. Im Sinne einer zeitgemässen Religionspolitik will der Kanton deshalb künftig auch mit nicht anerkannten Gemeinschaften einen Austausch pflegen. Als Basis für diesen Dialog dient eine von der Direktion für Inneres und Justiz erstellte «digitale Religionslandkarte». Dieser zufolge sind im Kanton Bern Gemeinschaften aus über 20 verschiedenen Traditionen an rund 640 Standorten aktiv. Erklärtes Ziel des Kantons ist es, das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Religionsgemeinschaften mit gezielten Massnahmen zu unterstützen und das Entstehen von Parallelgesellschaften und religiöser Radikalisierung zu verhindern. Bis Mitte 2023 will der Regierungsrat prüfen, welcher Schritte es dazu konkret bedarf. Eine Option wäre zum Beispiel,



Philippe Messerli

gemeinnützig und transparent organisierten Religionsgemeinschaften, die sich zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bekennen, eine sogenannte «kleine» Anerkennung zu gewähren. Damit erhielten sie das staatliche Siegel der Unbedenklichkeit und würden von Vorzügen wie zum Beispiel einer Steuerbefreiung aufgrund von Gemeinnützigkeit profitieren. Es läge im eigenen Interesse des Kantons, das positive Potenzial der Religionsgemeinschaften fürs Gemeinwohl stärker zu fördern.

Philippe Messerli, Grossrat

ANZEIGEN

baumann
elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
3110 Münsingen | 031 721 62 27

Ruedi Josuran:

«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»

lepramission.ch

PROSPERITA

Die christlich-ethische Pensionskasse

www.prosperita.ch

RE/MAX

Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch

Kostenlose Schätzung

berni
dr.wasserfachmann

- Wasserenthärtungsanlagen
- Neuanlagen und Service

berniwieland.ch

FERIEN & SEMINARE

www.cvjm-zentrum.ch

livenet.ch
ermutigt und vernetzt Christen

jesus.ch
macht Glauben erlebbar

Lebenshilfe.net
Beratung für Hilfesuchende

HOPE-SCHWEIZ.CH
Hope
nahe bei den Menschen

Wir verbinden Menschen mit Gott und miteinander

Neues Logo, neues Parteiprogramm

Die Junge EVP hat ihr Logo und ihre Namensschreibweise leicht angepasst. Seit der Gründung im Jahr 2004 beinhaltet das Logo wie auch die Kurzschreibweise ein Sternchen als Stilelement. Da dieses zu Verwirrung führte, schreibt sich die Jungpartei in der Kurzform neu J EVP. Das Logo (Abbildung rechts) ist nun näher an jenem der Mutterpartei, behält aber die bisherigen Farben. An der ordentlichen Mitgliederversammlung im Januar wurde auch das neue Parteiprogramm der J EVP verabschiedet. Es zeigt die Haltung der J EVP zu aktuellen Themen und ihre Zukunftsvorstellungen auf. Darin steht u. a.: «Aus dem Wert der christlichen Nächstenliebe politisieren wir uneigennützig und ehrlich, aus Mitgefühl, Liebe und Verantwort-



tung gegenüber allen Menschen, die auf unserem Planeten leben oder in Zukunft noch in diese Welt geboren werden.» Ein Fokus im Parteiprogramm liegt auf Ethik, Klima und der Forderung nach konstruktiver EU-Politik. Weiter werden Gleichstellungsfragen sowie die Entwicklung der Digitalisierung mit ihren Chancen und Risiken



Anja Eschbach

aufgegriffen. Zu finden ist das lesenswerte Programm auf der J EVP-Webseite:

www.jevp.ch/politik/partieprogramm

Anja Eschbach
Generalsekretärin J EVP CH

AGENDA

Sommersession Grosser Rat
5.–15. Juni 2023

Volksabstimmung
18. Juni 2023

**Ausserordentliche DV
EVP Schweiz**
24. Juni 2023

KMU-Forum EVP Schweiz
25. August 2023

Herbstsession Grosser Rat
4.–14. September 2023

Wahlparteitag EVP Schweiz
9. September 2023

**Ausserordentliche DV
EVP Kanton Bern**
21. September 2023, 19.30 Uhr
EGW-Kapelle, Nägeligasse 9,
Bern

**Nationalrats- und Stände-
ratswahlen**
22. Oktober 2023

**Ausserordentliche DV EVP
Schweiz**
25. November 2023

ANZEIGE



S-Deposito⁺

Mit Silber setzen Sie auf einen wahren Wert.

✓ **Versicherte Lagerung** ✓ **Tauschfunktion** ✓ **Chance auf Wertzuwachs**

Mit dem S-Deposito erwerben unsere Kunden hochreines Silbergranulat, das in einem Zollfreilager Nähe Zürich versichert aufbewahrt wird. Die Investition in Silbergranulat ist durch das Einsparen der Mehrwertsteuer preislich sehr attraktiv. Betrachten wir die hohe industrielle Nachfrage können wir bei Silber einen Wertzuwachs erwarten.

Sind Sie auf Ihren Silbervorrat kurzfristig angewiesen, können Sie diesen täglich zu den aktuellen Preisen in CHF oder EUR umtauschen. Ein Online-Zugang bietet Ihnen rund um die Uhr Einsicht in Ihren Silberbestand, eine Tauschfunktion und eine benutzerfreundliche Verwaltung von Dokumenten. Eröffnen Sie jetzt Ihr S-Deposito!



bb-wertmetall.ch



0041 62 892 48 48



contact@bb-wertmetall.ch

Lust auf Zukunft

mit Dr. Johannes Hartl

16. Juni 2023

20.00 Uhr
in Thun



Anmeldung:

www.hope-business-club.ch/hartl

Mit Seminarprogramm
für Geschäftsleute

Themen:
Leiten und Lieben
Inspiriert führen
ab 14.30 Uhr

AUS DEM NATIONALRAT

150 Tage im Amt



Der Berner
EVP-Nationalrat
berichtet, wie
er seine ersten
150 Tage im Rat
erlebt hat.



Marc Jost

Die Vorbereitung: Meine Erfahrung von 14 Jahren im Grossen Rat ist eine grosse Hilfe, mich im Betrieb des Bundeshauses schnell orientieren zu können. Politisch hatte ich ab 2020 eine Pause eingeschaltet, so dass die Vorfreude gross war, in der Wintersession 2022 wieder in die aktive Politik einzusteigen.

Die Vereidigung: Am 28. November wurde ich als neuer Nationalrat vereidigt; ein besonderer Moment. 40 Freunde und Familienangehörige begleiteten mich und feierten mit mir den Auftakt. Mein erster Eindruck im Bundeshaus war eine grosse Dienst- und Hilfsbereitschaft, die mir von allen Seiten entgegenkam.

Die Verantwortung: Der Einstieg war steil und streng. Eigentlich dachte ich, im April könnte

ich mich von meinen ersten zwei Sessionen im Dezember und im März erholen. Aber dann kam die Bankenkrise mit der CS, und wir mussten zur ausserordentlichen Session antraben.

Die Vorstösse: Im März bin ich so richtig in den Sessionsbetrieb in seiner ganzen Vielfalt eingetaucht: Kommissionssitzungen, viele Besuchergruppen und Interessierte im Bundeshaus, meine ersten Vorstösse und viele Kampagnen zu bevorstehenden Abstimmungen vorbereiten. In meinem ersten Vorstoss fordere ich die Erhöhung der Familienzulagen auf minimal 250 Franken pro Kind.

Marc Jost, Nationalrat

PEV

bernois

2/2023 Juin

www.evp-be.ch, info@evp-be.ch

Informations du
Parti évangélique du canton de Berne

BARBARA STOTZER-WYSS

Nouvelle présidence au PEV BE



Après dix ans d'engagement à la tête du PEV du canton de Berne, Christine Schnegg a remis sa fonction de présidente à l'AD du 29 avril 2023. C'est la députée et conseillère communale de Büren Barbara Stotzer-Wyss qui lui succède.

La présidente sortante Christine Schnegg a dirigé le parti cantonal avec succès pendant dix ans. En 2013, elle avait été la première femme à prendre la présidence du PEV. Christine Schnegg est une ambassadrice importante du PEV vers l'extérieur ainsi qu'une figure d'intégration centrale vers l'interne. Elle a exercé la fonction présidentielle avec beaucoup

de passion et de discernement. Pendant ses 16 ans d'activité au Grand Conseil, Christine Schnegg a surtout marqué de manière déterminante la politique familiale cantonale; de 2012 à 2020, elle a en outre présidé le groupe du PEV au Grand Conseil. Elle continuera son activité pour le PEV à Lyss, sa commune de résidence, et se portera candidate au

Conseil national cet automne. Barbara Stotzer-Wyss a été élue à l'unanimité au poste de présidente du PEV du canton de Berne lors de l'assemblée des délégués du 29 avril 2023. Cette théologienne de 48 ans, mère de deux enfants et originaire de Büren a. A., est vice-présidente de la commune, en charge du département des constructions et de la planifi-



Christine Schnegg



Barbara Stotzer-Wyss

cation. L'année dernière, elle a en plus été élue au Grand Conseil, où elle siège à la commission des finances. Elle quittera son activité professionnelle actuelle de responsable de secteur à l'IGW (école de théologie) à la fin du mois de juin pour se consacrer entièrement à sa famille et à ses activités politiques. Pour les élections au Conseil national, Barbara Stotzer-Wyss fait partie du trio de tête du PEV, aux côtés du conseiller national sortant Marc Jost et de la députée Simone Leuenberger.

Philippe Messerli, député

Pour ou contre un congé parental cantonal



L'initiative pour un congé parental cantonal (voir encadré) est certes approuvée par le PEV, mais elle est néanmoins controversée au sein du parti. Un membre du groupe PEV du Grand Conseil explique les arguments pour et un autre les arguments contre le projet.

Un « OUI » à des familles fortes

« C'est à la maison que doit commencer ce qui illuminera la patrie. » Cette citation de Jeremias Gotthelf est peut-être un peu désuète, mais le principe reste parfaitement actuel.

Les effets positifs d'un congé parental ne sont plus à démontrer. Celui-ci renforce la relation père-enfant et conduit à un plus grand engagement familial des pères. Les mères allaitent plus longtemps et leur état psychique est meilleur. Cela est bénéfique aussi pour les enfants. Ce n'est d'ailleurs pas un hasard si le programme du PEV du canton de Berne exige de mieux soutenir les familles dès le début avec un congé parental.

Le congé parental ne profite pas

seulement à la famille, mais également aux entreprises.

Les mères peuvent ainsi augmenter leur activité

professionnelle, ce qui réduit la pénurie de main-d'œuvre qualifiée. En même temps, le taux de fluctuation et donc les frais de personnel diminuent. Grâce à un congé parental cantonal, ce ne sont pas seulement les grandes entreprises qui en profitent, mais aussi les PME.

Pour le canton, le congé parental cantonal n'entraîne pas seulement des coûts, mais également des recettes fiscales supplémentaires et une réduction des dépenses pour



Simone Leuenberger



Markus Wenger

la garde des enfants en dehors de la famille.

Je vous invite donc à déposer un « OUI » le 18 juin

dans les urnes en faveur d'un congé parental cantonal, afin que commence dans le canton de Berne « ce qui doit illuminer la patrie » !

Simone Leuenberger, députée

Un congé parental cantonal est superflu

De mon point de vue, deux raisons principales plaident contre l'introduction d'un congé parental cantonal :

■ Avec la naissance d'un enfant, les parents doivent se réorganiser. À côté des activités et des loisirs exercés, la garde des enfants doit trouver sa place en tant que nouvelle tâche – une tâche qui ne s'arrêtera pas avec l'entrée à l'école enfantine.

L'accompagnement des enfants est une tâche qui perdurera toute une vie. Un congé payé de 24 semaines ne peut pas se

substituer à cette réorientation, tout au plus pourrait-il la reporter légèrement.

■ Les finances du canton de Berne ne suffisent pas pour les tâches importantes et urgentes. Dans le domaine de la santé, la pleine compensation du renchérissement et des mesures urgentes n'ont pas pu être réalisées à ce jour. Les modifications souhaitées dans la loi sur l'égalité pour les handicapés ainsi que l'augmentation du forfait pour l'entretien dans l'aide sociale sont d'autres mesures prioritaires qui ont des conséquences financières. Toutes ces adaptations seraient compromises par les coûts élevés du congé parental, qui s'élèvent à environ 200 millions de francs. Notre situation est souvent comparée à celle d'autres pays européens, où les enfants sont « confiés » assez tôt à l'État. Chez nous, la garde des enfants est une affaire de famille et l'on souhaite que l'État intervienne le moins possible. Nous n'avons donc pas besoin de cette réglementation cantonale.

Markus Wenger, député

Initiative populaire pour un congé parental

L'initiative pour un congé parental cantonal demande l'introduction dans le canton de Berne d'un congé parental payé de 24 semaines. Celui-ci s'ajoutera aux congés de maternité et de paternité existants. Chacun des parents disposera de six semaines de congé parental. Les parents pourront se répartir librement les douze semaines restantes et prendre le congé parental à partir de la naissance de leur enfant jusqu'à l'entrée à l'école enfantine.

Considérations à long terme sur le frein à l'endettement



Le canton de Berne introduit une perspective sur plusieurs années dans le frein à l'endettement, afin d'augmenter sa flexibilité dans les investissements et de garantir en même temps sa stabilité financière.

Si, à la fin d'un exercice, un déficit se dessine, celui-ci devra, comme auparavant, être compensé dans le budget des deux années à venir. Seule différence : jusqu'à présent, il n'était pas permis de prévoir un déficit. Voilà donc une première petite adaptation : si le bilan présente un excédent (c'est-à-dire si la fortune du canton dépasse la valeur de ses

engagements), il est désormais permis de budgéter dans le compte de pertes et profits un excédent de dépenses à hauteur de l'excédent du bilan.

La deuxième adaptation concerne le compte d'investissement, c'est-à-dire les moyens prévus pour les infrastructures. Les investissements nets doivent, comme par le passé, s'autofinan-

cer à moyen terme. S'il n'y a pas assez de moyens à disposition, le déficit doit être compensé dans le plan financier des années futures. Cependant, le canton disposera désormais de cinq ans au lieu de quatre pour y parvenir. La compensation peut également être assurée par des excédents de financement réalisés au cours des cinq dernières années.

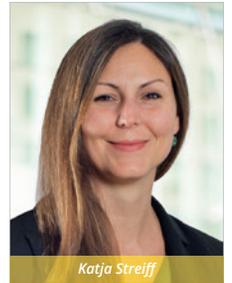
Même après ces adaptations, le frein à l'endettement du canton de Berne reste strict. L'approche sur une période plus longue apportera toutefois plus de flexibilité pour assurer les nombreux investissements prévus. Le Grand Conseil a approuvé la révision de la loi à une large majorité.

Barbara Stotzer-Wyss, députée

Un engagement pour l'humain et l'environnement



« Une cohabitation respectueuse », « Un environnement intact » et « Des familles fortes » : c'est avec ces trois thèmes que le PEV se lance dans les élections nationales. Le groupe PEV s'est également engagé pour ces causes lors de la session de printemps du Grand Conseil bernois.



Katja Streiff

Une cohabitation respectueuse

Philippe Messerli et **Tom Gerber** se sont engagés en faveur du projet « Avenir Berne Romande ». Avec le départ de Moutier, l'administration du Jura bernois doit être réorganisée afin de résoudre une fois pour toute la Question jurassienne.

Katja Streiff s'est opposée avec succès à l'introduction d'un taux d'occupation minimal de 50 % pour le corps enseignant. Elle a en outre pu signer un succès avec l'adoption d'une motion visant à contrer la pénurie du personnel sanitaire par des modèles de soins attractifs.

Simone Leuenberger s'est engagée pour la protection des données des victimes et pour une Maison des filles (pour des

mineures victimes de violences, nécessitant un refuge temporaire). En outre, sa motion « Permettre la sépulture d'enfants nés morts » a été transmise sans opposition. Pendant des années, il n'était pas clair qui était compétent pour traiter les demandes de cas de rigueur entre le canton et la Confédération. Grâce à une motion de **Markus Wenger** et **Hanspeter Steiner**, une solution a été trouvée et les premières demandes ont été transmises au Secrétariat d'État aux migrations.

Un environnement intact

Comme solution concrète contre les embouteillages sur la rive droite du lac à Thoune, **Hanspeter Steiner** a proposé la mise en service d'un transbordeur

(ferry) entre Spiez et Gunten et une connexion aux TP respectifs. L'idée de transports publics sur l'eau n'a pas trouvé de majorité au Parlement ; l'intervention a été rejetée et les embouteillages à Thoune continueront d'agacer les pendulaires.

Tabea Bossard-Jenni a défendu la position du PEV sur plusieurs crédits de construction. En outre, elle a déposé une motion visant à corriger l'inégalité de traitement entre les transports publics et les routes cantonales sur le plan financier.

L'impôt sur les successions et les donations est un impôt juste.

Barbara Stotzer-Wyss s'est engagée avec succès contre une augmentation forfaitaire de l'abattement. Elle a également plaidé

pour que, dans le cas d'un élargissement du tracé autoroutier au Grauholz, la perte de terres cultivables soit réduite et que des alternatives soient étudiées.

Des familles fortes

Markus Wenger a défendu avec succès un système de suppléance pendant le congé de maternité ou de paternité.

Pour **Margret von Bergen**, l'accent a été mis sur une jeunesse plus forte ; pour cela, il faut mettre à disposition des ressources afin d'augmenter les capacités d'urgence en pédopsychiatrie et de former les jeunes à la réanimation cardio-pulmonaire durant leur scolarité.

Katja Streiff, députée

VOTATION FÉDÉRALE DU 18 JUIN

Le PEV dit oui aux trois projets nationaux



Le PEV Suisse a clairement décidé de dire oui à l'imposition minimale proposée par l'OCDE pour les grandes entreprises, à la loi sur la protection du climat et à la modification de la loi Covid-19.

Oui à l'imposition minimale

Les grandes entreprises internationales devraient à l'avenir payer au moins 15 % d'impôts sur leurs bénéfices dans chaque pays du monde. Plus de 130 pays, dont la Suisse, se sont mis d'accord sur ce point. Seuls les grands groupes d'entreprises actifs au niveau international et réalisant un chiffre d'affaires annuel d'au moins 750 millions

de francs (environ 1 % des entreprises en Suisse) seraient soumis à la nouvelle imposition minimale. Le projet de loi réduit la concurrence fiscale entre les cantons, assure des conditions attractives pour les entreprises et il empêche que les recettes fiscales ne partent à l'étranger.

Oui à la protection du climat

La loi sur la protection du climat,

contre-projet à l'initiative sur les glaciers, fixe des objectifs de réduction clairs : d'ici à 2040, les émissions doivent diminuer de 75 % par rapport à 1990, en réduisant les émissions, si possible, à l'intérieur du pays. La Confédération et les cantons doivent mettre à disposition d'ici à 2050 des réservoirs pour stocker le carbone en Suisse et à l'étranger afin d'atteindre l'objectif « zéro net CO₂ ». Au total, 3,2 milliards de francs d'aides financières ont été accordés pour le remplacement des chauffages fossiles ainsi que pour la promotion en faveur des nouvelles technologies.

vagues de maladies saisonnières, notamment pendant les mois d'hiver, certains articles de la loi sur le Covid-19 devaient être prolongés jusqu'à l'été 2024. Les dispositions relatives au certificat Covid sont par exemple prolongées. Le certificat doit ainsi rester compatible au niveau international et la liberté de voyager peut être garantie. Et enfin, des dispositions ont été prolongées en matière de fermetures de frontières. Il s'agit ici de préserver la liberté de voyager des frontaliers et de la population frontalière.

PEV CH

IMPRESSUM

Herausgeberin: EVP Kanton Bern, Postfach 2319, 3001 Bern info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

Redaktionsadresse: Christof Erne, Kónizstr. 83, 3008 Bern, bevp@evp-be.ch

Adressänderungen: Bitte schriftlich an EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, oder via www.evppev.ch/kontakt/adressaenderung

Inserate: Jordi AG, Belp, Urs Scharnowski, Tel. 031 818 01 46, urs.scharnowski@jordibelp.ch

Mediadaten: www.evp-be.ch > Parteizeitung

Jahresabonnement: Mitglieder: Fr. 5.-; Freunde / Gónner: Fr. 3.- IBAN CH64 3000 0001 3002 0312 1

Druckerei: W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen: Atelier Passage, Müllerstrasse 3, 2562 Port, www.atelierpassage.ch, info@atelierpassage.ch, Tel. 032 331 66 55

VOTATIONS DU 18 JUIN 2023

Infos: evp-be.ch/fr et evppev.ch/fr/votations

	Ajustements des freins à l'endettement	OUI
	Initiative pour un congé parental cantonal	OUI
	Imposition minimale de l'OCDE	OUI
	Loi sur la protection du climat	OUI
	Loi sur le Covid-19	OUI